

Juni 1979, 419–423) Zweifel geäußert, ob bei der gegenwärtigen Situation von Kunst und Kirche überhaupt noch Ansatzpunkte für ein Gespräch gegeben seien: „Ob von der Kunst oder Literatur an sich etwas zu erhoffen ist, scheint fragwürdig; denn es gibt kaum etwas, was nicht von Künstlern als ‚Kunst‘ erklärt wurde... Genauso widersprüchliche Äußerungen finden wir bei Literaten und selbst bei Theologen.“ Auch wenn man diese Skepsis nicht teilt, wird deutlich, daß übertriebene Erwartungen nicht angebracht sind. Will man die Kirche nicht doch wieder irgendwie zur „Mutter der Künste“ machen, muß man auch damit rechnen, daß das Gespräch immer wieder an Grenzen stößt. Ein neuer Frühling zwischen Kunst und Kirche ist sicher nicht zu erwarten und könnte ja auch keinesfalls herbeidiskutiert werden. Es wäre aber wirklich schon viel erreicht, wenn die Diskussion in der jetzt möglichen Offenheit weitergeführt würde. Dazu gehören si-

cher auch theoretische Perspektiven. So ist in den letzten Jahren die Diskussion über den Stellenwert von Gegenwartsliteratur und von literarischen Texten überhaupt für Theologie und Glaube neu belebt worden. Für die bildende Kunst können die Ansätze vor allem der Bonner Tagung sicher weiterbedacht werden. Solche Verstehensmodelle und Theorien dürfen allerdings nicht zum Selbstzweck werden. Wichtiger ist, daß sich Kunst, Literatur, Kirche und Theologie möglichst konkret auch dort zu Kenntnis nehmen, wo es keine unmittelbaren Berührungsfelder gibt. Keiner der Partner ist in diesem Gespräch gegenwärtig so in sich gefestigt und so seiner Sache sicher, daß er nicht von einem Mehr an „produktiver Kollision“ profitieren könnte. Wer dann wen braucht, ob die Kirche den Künstler oder auch der Künstler die Kirche – die Antwort auf solche Fragen kann man ruhig dem weiteren Gespräch überlassen.

Ulrich Rub

Länderbericht

Zwischen sozialer Verfremdung und religiösem Auftrag

Zur Lage der Religionsgemeinschaften auf den Philippinen

Die religiöse Landkarte der Philippinen ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Das Land gehört zu den Staaten mit der größten Vielfalt an Religionsgemeinschaften in Asien – Mitte der 60er Jahre waren rund 280 christliche Gemeinschaften offiziell registriert. Es ist das einzige asiatische Land, das fast ausschließlich von in Europa beheimateten Religionen geprägt ist. Und es ist schließlich das einzige mehrheitlich katholische Land Asiens. Ein Blick in die Statistik verdeutlicht dies (Stand Mai 1970, Länderkurzbericht Philippinen, Wiesbaden 1978):

Katholiken	31,169 Mill.	84,9%
Aglipayan	1,435	3,9%
Protestanten	1,598	4,4%
Moslems	1,585	4,3%
Buddhisten	0,034	0,09%
Sonstige	0,863	2,3%

(Anhänger von Naturreligionen, Konfessionslose usw.) Diese offiziellen staatlichen Angaben haben allerdings teilweise nur provisorischen Charakter. Denn verschiedentlich reichen die Erfassungskriterien nicht aus, oder aber Kirchenleitungen haben ihre Angaben beschönigt. Deshalb unterliegen gerade die Zahlen über die kleineren Religionsgemeinschaften häufigen Schwankungen. Auch im folgenden lassen sich demnach Unstimmigkeiten in den Zahlenangaben nicht immer vermeiden.

Die Katholiken als größte Religionsgemeinschaft

Das Geburtsjahr des Katholizismus auf den Philippinen ist das Jahr 1565, als die Augustiner *M. L. de Legaspi* und *A. de Urdaneta* hier ihr Missionswerk begannen. Sie wie auch bald die Vertreter anderer Orden arbeiteten eng mit der Krone Spaniens zusammen. Auf der Grundlage der Bulle „*Universalis Ecclesiae*“ Julius' II. übte der Staat ein Patronat über die Ordensmission aus, das sich nicht nur als segensreich erweisen sollte. Es begünstigte zwar die Glaubensverbreitung, erschwerte jedoch die Heranbildung eines einheimischen Klerus, denn der Priester sollte auch Vertreter der Kolonialmacht sein. Das Patronat begünstigte zudem die Vermögensanhäufung der Kirche, was der Korruption und mehr noch der Entfremdung zwischen Gläubigen und Klerus Vorschub leistete.

Als die Spanier 1898 von den Amerikanern als Kolonialmacht abgelöst wurden, erschütterte dies auch die Grundlagen der Kirche. Nicht nur, daß die Kirche durch die Trennung vom Staat jetzt erheblich an Einfluß verlor – sie geriet derart in Bedrängnis, daß sie nur durch eine gründliche Reorganisation ihre führende Position behaupten konnte. Zunächst wurden sämtliche Privilegien der Orden abgeschafft (zudem mußten sie unter staatlichem Druck fast

ihren gesamten Grundbesitz verkaufen). Die Kirchenverwaltung wurde reorganisiert, und es wurde jetzt endlich der einheimische Priesternachwuchs nachhaltig gefördert. Denn durch den Auszug vieler spanischer Priester war ein akuter Priestermangel entstanden – 675 einheimischen und 967 ausländischen Priestern im Jahre 1898 standen 1903 nur noch 543 einheimische und 405 ausländische Priester gegenüber. 1905 wurde der erste Filipino zum Bischof geweiht, und als die Philippinen 1960 den ersten Kardinal bekamen, betrug das Verhältnis der einheimischen zu den ausländischen Bischöfen bereits 27:13, 1970 sogar 52:15. Der ausländische Priesteranteil ist allerdings immer noch hoch. 1965 waren zwar fast alle Diözesanpriester Einheimische, aber nur 350 der Ordenspriester, insgesamt gab es unter 4175 Priestern noch 1890 Ausländer. Ende 1973 stellte sich ansonsten die Lage wie folgt dar (Atlas Hierarchicus, Mödling 1976):

In 10 Erzdiözesen, 27 Diözesen, 12 Praelaturae Nullius und 4 Apostolischen Vikariaten (= 1766 Pfarreien) lebten 32,767 Millionen Katholiken. Sie wurden betreut von 2158 Diözesan- und 2270 Ordenspriestern, wobei aber allein 908 Ordenspriester auf die Erzdiözese Manila entfielen. Da somit ein Priester auf 7400 Gläubige kam, bedeutete dies einen erheblichen Priestermangel (zum Vergleich: Polen als damals noch relativ priesterarmes Land in Europa hatte 1960 einen Quotienten von 1:1600). In vielen Gegenden beträgt das Verhältnis sogar bis zu 1:15000. Immerhin gab es aber 1973 67 Neupriester und 1943 Seminaristen. Dazu kamen in 30 Männer- und 62 Frauenorden 1421 Ordensbrüder und 6962 -schwestern. Bemerkenswert ist, daß trotzdem 1965 eine *Mission Society of the Philippines* gegründet wurde, die 1966 bereits mit 23 Priestern und 240 Nonnen in anderen asiatischen Ländern arbeitete.

Die Kirche und das Marcos-Regime

Die Lage der katholischen Kirche auf den Philippinen entspricht der Situation mancher anderer Länder der Dritten Welt. Zwar ist der Pessimismus derjenigen, die nur von wenigen Prozent von echten Gläubigen sprechen, übertrieben, doch ist nicht zu übersehen, daß es zwei Varianten des Katholizismus gibt: den offiziellen und den volkstümlichen. Letzterer prägt vor allem das Leben der einfacheren Leute. Er zeichnet sich aus durch eine enge Verbindung mit Elementen der vorkolonialen Zeit. Er ist das Ergebnis jahrhundertelanger mechanischer Glaubensvermittlung, die sich nur oberflächlich mit den alten Kulturtraditionen auseinandersetzte. So gewannen viele Filipinos nur einen formalen, aber keinen innerlichen Zugang zum Christentum. Entsprechend dem spanischen Vorbild stehen im Mittelpunkt des religiösen Lebens denn auch meist große Feste und Prozessionen zu Ehren von Heiligen, wobei vorchristliche Bräuche oft unter christlichem Namen weiterleben. Und wo die ursprünglichen Götter und Dämonen christliche Gewänder anlegen, läßt sich nur schwer eine Trennungslinie zwischen Magie und Glauben ziehen.

Ein guter Versuch, das Glaubensniveau zu heben, war 1949 die Gründung der „Barangay Sa Virgin“-Bewegung („Große Familie der Gesegneten Jungfrau“). Gruppen von jeweils 15 Familien sollten zu regelmäßigem Rosenkranzgebet zusammenkommen und dabei nach Möglichkeit auch weitere Glaubensunterweisung erhalten. Die Bewegung, deren Zusammenkünfte auch das soziale Zusammengehörigkeitsgefühl stärken sollten, zählte 1960 bereits zwei Millionen Mitglieder, die meist von eigens ausgebildeten Katecheten unterwiesen wurden. Hier wie auch vor allem im Religionsunterricht der Schulen bemüht man sich mittlerweile, an die Stelle des mechanischen Auswendiglernens von Glaubensgrundsätzen eine Unterweisung zu setzen, die die sozio-kulturelle Lage der zu Unterrichtenden stärker berücksichtigt. In diesem Zusammenhang muß auch betont werden, daß die christlichen Kirchen immer noch über einen sehr großen Einfluß im Schulwesen verfügen. 1972 besuchten 5% aller Grundschüler eine private (meist kirchliche) Grundschule, bei weiterführenden Schulen lag der Prozentsatz schon bei 55%, und Fachhochschulen, Colleges und Universitäten waren sogar zu 92% in privater, also fast ausschließlich kirchlicher Hand (Länderbericht Philippinen, Wiesbaden 1976, S. 28). „Kirchlich“ bedeutet im übrigen meist „katholisch“.

Seit dem Zweiten Vatikanum hat die Kirche auch ihr Sozialengagement erheblich verstärkt. Dies betraf weniger das Gesundheitswesen (1970 befanden sich 65% der Krankenhäuser mit 50% der Bettenkapazität in privater, meist kirchlicher Hand – ebd., S. 28) als direkte Maßnahmen, um das Los der Bauern zu erleichtern. Neben die 1953 von katholischen Laien gegründete *Federation of Free Farmers (FFF)*, eine Selbsthilfe-Organisation, traten jetzt auch kirchliche Projekte. 1966 wurde das *National Secretariat of Social Action (NASSA)* gegründet, das sich sowohl für Bürgerrechte und soziale Gerechtigkeit einsetzt wie auch Entwicklungshilfe-Projekte koordiniert. 1969 liefen 2000 kirchlich geförderte Projekte, an denen etwa 400 Priester mitarbeiteten. Nachdem man den Widerstand konservativer Kirchenkreise überwunden hat, gibt es jedoch immer noch große Schwierigkeiten wegen der staatlichen – oft bauernfeindlichen – Wirtschaftspolitik und der Verfolgung mancher engagierter Priester durch den Staat.

Viele Gläubige und Priester werfen allerdings angesichts der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Philippinen der Kirchenhierarchie ein zu geringes Engagement vor. Unter dem Eindruck der südamerikanischen Befreiungstheologie formierte sich Ende der 60er Jahre eine massive innerkirchliche Opposition, die sich 1969 sogar in zahlreichen *Demonstrationen Jugendlicher gegen den Episkopat* Luft verschaffte. Führend wurde das *Christian Social Movement (CSM)* des prominenten Oppositionspolitikers *Raul Manglapus*, der jetzt in den USA im Exil lebt. Seit 1972 ist eine öffentliche Arbeit dieser Gruppen nicht mehr möglich, was aber nicht heißt, daß ihre Mitglieder sich vollständig zurückgezogen hätten.

Derzeit lassen sich zwei Hauptströmungen der innerkirchlichen Opposition erkennen. Die eine tritt für eine stärkere Beteiligung der Laien an kirchlichen Aufgaben ein und sähe gerne ein stärkeres kirchliches Engagement für soziale Gerechtigkeit. Ihre Anhänger kommen zum Teil aus der FFF oder haben sonst in der Sozialarbeit gewirkt. Auch wenn diese Priester und Laien manchen sozialistischen Ideen nicht ablehnend gegenüberstehen, ist der Vorwurf des Kommunismus nicht gerechtfertigt, der ihnen von staatlicher Seite gemacht wird. Diesen „Nationaldemokraten“ stehen die „Sozialdemokraten“ gegenüber, die sich betont antimarxistisch geben und vielfach vom CSM herkommen. Sie stehen der traditionellen Opposition gegen Marcos nahe und befürworten eine Gesellschaftsordnung, die an das Modell Eduardo Freis in Chile erinnert.

Noch kein entscheidender Kurswechsel

Spannungen ähnlicher Art gibt es auch innerhalb der offiziellen Kirche, vertreten vor allem durch die *Catholic Bishops Conference of the Philippines* (CBCP) mit derzeit 92 Mitgliedern und die *Association of Major Religious Superiors in the Philippines* (AMRSP) mit 2500 einheimischen Priestern und 7000 Nonnen. Viele Mitglieder der AMRSP sind der Meinung, die Kirche solle sich zumindest von einem Teil ihres noch vorhandenen Reichtums zugunsten der Armen trennen. Sie beklagen, das soziale Engagement der Hierarchie ließe zu wünschen übrig und sie setze sich nicht immer in vollem Maße für vom Staat verfolgte Priester und Laien ein, wenn diese grundlos kommunistischer Aktivitäten verdächtigt und inhaftiert würden. Schließlich gebe es genug Konfliktfälle, in denen man sich für die Gemeinde und gegen den Staat entscheiden müsse. Konservativere halten dem entgegen, mit der Versenkung des Kirchenbesitzes allein sei nichts zu gewinnen, man müsse ihn eher sinnvoll einsetzen, doch seien die Möglichkeiten manchmal beschränkt. Außerdem sei das Marcos-Modell die einzige Möglichkeit, der Armut-Spirale und damit dem Kommunismus zu entgehen. Und schließlich verbiete sich ein politisches Engagement der Kirche auf Grund der Verfassung des Staates. Eine Oppositionspolitik könne die Kirche ihrer Privilegien im Bildungswesen und hinsichtlich der Steuern berauben.

Die *Haltung des Episkopats* ist in diesen Fragen alles andere als einheitlich. Etwa 15 Bischöfe gelten als sehr konservativ, sie stimmen der Wirtschafts- und Kriegsrechtspolitik der Regierung weitestgehend zu. Weitere 20 sind grundsätzliche Gegner von Marcos und befürworten auch ein starkes sozialpolitisches Engagement der Kirche. Die Mehrzahl aber ist gemäßigt konservativ. Sie sind mit Marcos zwar grundsätzlich einer Meinung, wehren sich aber gegen die Auswüchse der Diktatur, vor allem gegen Verletzungen der Menschenrechte. Der Führer dieser Gruppe und auch derzeitige Vorsitzende der CBCP ist Kardinal *Jaime L. Sin* von Manila, der für seine Haltung die Formel der „kritischen Zusammenarbeit“ prägte.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben jedoch auch die letztere Gruppe in stärkere Opposition zu Marcos getrieben. Ende 1977 standen z. B. 250 Angehörige des Klerus unter der Anklage antistaatlicher Tätigkeit. Dies wie auch vermehrte Menschenrechtsverletzungen veranlaßten die Bischöfe zunächst noch zu maßvollen Protesten, doch als diese nur wenig fruchteten, wurde vor allem Kardinal Sin deutlicher. Er warf der Regierung im April 1978 offen Wahlbetrug vor und definierte die Rolle der Kirche neu als die einer „Vermittlerin, die den Abgrund überbrückt, der sich zwischen denjenigen für und denjenigen gegen Marcos auftut“ (Interview mit FEER, 21. 7. 78). Mehrfach setzte er sich für prominente Häftlinge ein, so den Senator *Aquino*, und warf erst kürzlich wieder der Regierung offen Mangel an Glaubwürdigkeit, Durchsetzungskraft sowie Korruption vor (FEER, 13. 4. 79). Außerdem trennte sich die Kirche, möglicherweise auf Druck des Vatikans, von einer Beteiligung an einer gut florierenden Bank des Marcos-Clans. Die Regierung Marcos verschärfte aber auch ihrerseits das Klima, indem sie im November 1978 zwei Gesetzesentwürfe zur Scheidung und zur Familienplanung einbrachte (zusätzliche Besteuerung bei Kinderreichtum, ähnlich wie in Singapur), die auf die entschiedene Ablehnung der Kirche stoßen mußten, auch wenn ihrer Realisierung ohnehin nur geringe Chancen eingeräumt werden.

Trotz allem sieht es aber vorerst nicht nach einem entscheidenden Kurswechsel der Kirche aus. Um seine privilegierte Stellung nicht zu gefährden, wird man weiterhin nicht die Politik des Staates insgesamt angreifen, sondern nur Auswüchse, und sich ansonsten aus der Politik heraushalten. Inwiefern die Kirche aber dann noch für ein Programm der sozialen Gerechtigkeit eintreten kann, das notwendigerweise mit staatlichen Interessen kollidiert, ist fraglich. Auf die Dauer kann die bisherige Politik sowohl die Einheit des Episkopats wie die Beziehung zum übrigen Klerus und zu den Laien auf eine harte Probe stellen.

Bedeutende nichtkatholische christliche Gemeinschaften

Die *nichtkatholischen christlichen Kirchen* der Philippinen, die allesamt erst nach dem Abzug der Spanier entstanden (obwohl schon Mitte des 19. Jahrhunderts Abspaltungstendenzen in der katholischen Kirche sichtbar wurden), lassen sich in zwei Gruppen teilen: protestantische Kirchen und aus christlichen Kirchen hervorgegangene einheimische Kirchen. Sie alle stellten Mitte der 60er Jahre mit etwa 3,5 Millionen Gläubigen 12% der Bevölkerung. Die Arbeit der ersten amerikanischen Missionare (1899) wurde dabei durch die Freigabe des religiösen Bekenntnisses seitens der Amerikaner erheblich erleichtert. Antikatholische und nationalistische Strömungen unter der Bevölkerung wie auch der finanzielle Rückhalt durch Amerika begünstigten die missionarische wie die karitative Arbeit. So werden derzeit etwa 70 der über 700 Kranken-

häuser von Protestanten geführt, dazu zwei Universitäten (Iloilo und Dumaguete). Und mittlerweile sind die Protestanten auch zur nach den Chinesen zweitwichtigsten wirtschaftlichen Minderheit aufgestiegen.

Die *rivalisierende Tätigkeit verschiedener Bekenntnisse* trug aber erheblich zur Aufsplitterung der christlichen Kirchen bei. Dazu existieren neben den Mutterkirchen oft unabhängig davon deren einheimische Ableger. Neben der Methodistenkirche (1962: 71 973 Gläubige) gibt es z. B. die United Church of Christ in the Philippines mit 135 467 Gläubigen (1962), die von ehemaligen Methodisten gegründet wurde. Die große Zahl an Gläubigen erklärt sich vor allem dadurch, daß in beiden Kirchen der Klerus fast nur aus Filipinos besteht. Beide gehören zu den wichtigsten protestantischen Kirchen und bilden mit den Baptisten, Anglikanern, Lutheranern (alle zahlenmäßig kleiner), der Aglipayan-Kirche und einigen kleineren den *National Council of Churches of the Philippines* (NCC), der dem ÖRK angeschlossen ist. Abgesehen von der Aglipayan-Kirche, stellen die „ökumenischen“ Protestanten aber nur 20% der Protestanten, 80% (über 1 Million) stehen außerhalb der Ökumene. Der NCC tritt im übrigen wenig politisch in Erscheinung, seine sozial engagierten Geistlichen haben jedoch mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen wie ihre katholischen Kollegen.

Unter den einheimischen, meist dem Protestantismus nahestehenden Kirchen sollen zwei hervorgehoben werden, die *Iglesia Filipina Independiente* (Philippine Independent Church = PIC, Aglipayan) und die *Iglesia ni Kristo* (INK). Die PIC war ursprünglich eine schismatische katholische Kirche. Sie entstand aus der Abspaltung philippinischer Geistlicher, die sich 1898 den Nationalisten im Kampf gegen die Spanier anschlossen. Als der Vatikan ihnen die Konstituierung einer nationalen katholischen Kirche verweigerte, sie sich aber auch nicht in die Botmäßigkeit der (spanischen) Bischöfe zurückbegeben wollten, gründeten sie 1902 die PIC. Treibende Kraft war der Nationalist, Gewerkschaftler und Journalist *Isabelo de los Reyes Sr.*, der später maßgeblich die neue Doktrin formulierte. Oberhaupt (Obispo Máximo) wurde *Gregorio Aglipayan*, ein ehemaliger katholischer Priester.

Man übernahm zunächst die katholische Lehre einschließlich einiger volkstümlicher Elemente, grenzte sich jedoch bald in liturgischen Fragen ab. Auf der Suche nach Partnerschaft stieß man dann nach einigem Suchen auf die *Protestant Episcopal Church of the United States* (anglikanisch), der man seit 1961 durch ein „Konkordat“ verbunden ist. Die Bibel wird in der Revised Standard Version benutzt, die Liturgie ist formal katholisch (vor Vatikan 2), die Texte sind jedoch teilweise nach anglikanischen umgearbeitet oder weisen einheimische Elemente auf. Bei der Priesternachfolge halfen die Anglikaner 1948, indem sie drei Aglipayaner zu Bischöfen weihten. Allerdings besitzt man immer noch zu wenig ausgebildete Priester. Die lange Zeit der Suche nach einem eigenen Standort hat im übrigen die Bildung von Splittergruppen begünstigt. 1960 schätzte man die Zahl der vor allem auf Nord-

west-Luzon lebenden Aglipayaner auf eine Million, dazu kamen 0,5 Millionen sogenannter Unabhängiger Katholiken. 1968 sollen es inoffiziell insgesamt 2,5 Millionen gewesen sein.

Einen anderen Typus stellt die INK dar, deren 270 104 (Zensus 1960) Anhänger vor allem im Großraum Manila leben. (Eigene Angaben sprachen 1963 von 3,5 Millionen, der Zensus 1970 gibt eine Million an.) Gegründet wurde sie 1914 von *Felix Manalo* (1886–1963), der ursprünglich Katholik war, bevor er über die Methodisten und die Sieben-Tage-Adventisten zu einer eigenen Form des Arianismus kam. Manalo als erfolgreicher charismatischer Führer verstand es, eine relativ einfache Lehre durch gut ausgebildete Prediger und eine effektive Organisation so verbreiten zu lassen, daß ihm der Zulauf fast sicher war. Weitere Pluspunkte waren die Betonung des kirchlichen Gemeinschaftslebens und der konsequente Gebrauch des Tagalog, das mittlerweile Staatssprache ist. Außerdem pflegte Manalo sehr gute Beziehungen zu Politikern und durfte sich rühmen, Berater mehrerer Präsidenten gewesen zu sein. Ihre „Staatstreue“ bewies die INK auch u. a. dadurch, daß sie ihren Gläubigen jede gewerkschaftliche Betätigung verbot und im April 1978 für Marcos votierte. Die Lehre der INK ist im übrigen recht einfach: Manalo gilt als Prophet der von ihm neu gegründeten christlichen Kirche, die ihrer Bestimmung durch Christus untreu geworden war. Dabei werden vor allem die Trinitätslehre und die Inkarnation Christi abgelehnt. Christus ist für die INK nur der von Gott gesandte Retter, der „Mensch schlechthin“, nicht aber selber Gott.

Bedeutung und Kampf der „Moros“

Der Islam kam in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts durch Vermittlung arabischer und malaiischer Kaufleute auf die Philippinen. Die Spanier setzten im 16. Jahrhundert seiner Ausbreitung zwar ein Ende, konnten aber die bis dahin islamisierten Gebiete auch nie vollständig erobern. Auf die Spanier geht auch die Bezeichnung „*Moros*“ für die muslimischen Filipinos zurück – ursprünglich ein Schimpfname, dem die Erinnerung an die Kämpfe gegen die Mauren nachklang. Die Moros leben hauptsächlich im Süden und Westen von Mindanao, auf den Inseln der Sulu-See und auf Palawan. Inoffizielle Schätzungen geben ihre Zahl mit zwei bis vier Millionen an (1970), was einem Anteil von 5–10% an der Bevölkerung entspräche.

Bis ins 20. Jahrhundert lebten die Moros isoliert in einer eigenen politischen und sozialen Ordnung, und erst die Amerikaner versuchten, die verschiedenen von Ackerbau oder Seefahrt lebenden ethnischen Gruppen zu integrieren. Dies führte allerdings auch zu einer beträchtlichen Einwanderungswelle christlicher Filipinos ins Moro-Gebiet in den 30er Jahren. Zusammen mit dem Landerwerb durch große Konzerne führte dies dazu, daß in den 50er Jahren der beste Boden bereits in fremde Hände übergegangen war. Der Zweite Weltkrieg zerstörte dann weitge-

hend den Seehandel der Moros, der endgültig durch die Anti-Schmuggel-Gesetze Ende der 60er Jahre zum Erliegen kam. So wurden die Moslems schließlich sowohl politisch wie wirtschaftlich an den Rand des Ruins gedrängt. Seit den 50er Jahren setzte aber zunächst eine kulturelle Selbstbesinnung ein. Islamische Missionare aus Indonesien, Arabien und Ägypten halfen, das Bildungswesen der Moslems zu reformieren. Dies war auch insofern notwendig, als der Islam ähnlich dem Christentum stark von vorkolonialen Elementen durchdrungen ist. Verschiedentlich werden immer noch alte Opferriten und Ahnenverehrung registriert. Die Gebote des Islams werden nur ungenügend beachtet, ja man schätzt, daß 80% der Moros religiöse Ignoranten sind (P. G. Gowing / R. McAmis, *The Muslim Filipinos*, Manila 1974, S. 287).

Die Stärkung der Moslem-Kultur ermöglichte dann die politische Renaissance. Ende der 60er Jahre häuften sich die Konflikte zwischen Moslems und Christen. Den *Moslem-Banden* standen *christliche Milizen* (Ilagas) gegenüber, die eigentlich zum Schutz des Landes gebildet worden waren, jetzt aber mit offizieller Unterstützung einen nicht sehr zimperlichen Terrorkrieg führten. Daraufhin stellten die politischen Organisationen der Moros bewaffnete Verbände auf, die seit 1972 einen Guerillakrieg gegen die philippinische Armee führen. Aus den verschiedenen Organisationen kristallisierte sich die *Moro National Liberation Front (MNLF)*, die nach PLO-Vorbild entstand, als heute allein führend heraus. Viele ihrer auf 5000 bis 30000 geschätzten Soldaten wurden in Malaysia ausgebildet, finanzielle Unterstützung erhält sie außer von Syrien, Irak, Saudi-Arabien und Pakistan vor allem von Libyen, wo sie auch ihren Sitz hat unter ihrem Führer Nur Misuari. Anfänglich hatten einige ihrer Gruppen wahrscheinlich auch Kontakte zu den Partisanen der u. a. in Ost-Mindanao operierenden kommunistischen *New People's Army (NPA)*, doch gibt man sich seit spätestens 1975 hart antikommunistisch. Ziel ist die Errichtung einer Moro-Republik (die auch 1973 ausgerufen wurde) auf der Grundlage eines nicht näher definierten *islamischen Sozialismus*, doch wären Teile der Führung mittlerweile auch mit begrenzter Autonomie zufrieden. Unterdessen hat in Saudi-Arabien eine 1977 gegründete gemäßigte *Bangsa Moro Liberation Organisation (BMLO)* von sich reden gemacht, die über 5000 Soldaten verfügen will, jedoch militärisch noch nicht in Erscheinung getreten ist. Sie wäre wohl noch eher für eine Teilautonomie zu haben.

Von neuem um Verhandlungen bemüht

Nach zeitweiligen militärischen Erfolgen der Moros hatte man übrigens schon einmal Ende 1976 nach libyscher Vermittlung eine Autonomie-Lösung vorgesehen (vgl. HK, Februar 1977, S. 60–63). Entgegen den Abmachungen ließ Marcos jedoch im April 1977 eine Volksabstimmung über die Autonomie durchführen, die zur Farce geraten mußte, da in 8 der 13 betroffenen Provinzen die Christen in der Mehrheit waren. So ging der Krieg weiter, und nachdem

die Führung der MNLF eine Zeitlang gespalten war, scheint man sich jetzt wieder geeinigt zu haben, so daß die Kriegstätigkeit in den letzten Monaten sogar noch zugenommen hat. Jedenfalls werden jetzt auch Kämpfe aus Süd-Palawan und Ost-Mindanao gemeldet. Die Bilanz der Kämpfe verzeichnet dabei bis jetzt offiziell 50000 Tote, inoffiziell war schon Mitte 1978 von 70000 Toten die Rede (FEER, 9.6.78). Dazu kommen 100000 Flüchtlinge im malaysischen Sabah sowie mindestens 100000 Flüchtlinge im Umland der philippinischen Städte, vor allem Zamboanga.

Militärische Mißerfolge und die *Renaissance des Islam* in Asien scheinen die Regierung Marcos aber jetzt doch wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Einige islamische Staaten, vor allem Saudi-Arabien, haben nämlich signalisiert, daß sie die Moros in Zukunft stärker unterstützen wollen und auch gegenüber Marcos eine härtere Haltung einnehmen könnten. Vor allem von seiten des Iran, der bisher 10–15% des Ölbedarfs der Philippinen deckte, wäre ein Ölboykott nicht auszuschließen. Marcos setzte deshalb einige Zeichen. Am 7. Mai 1979 ließ er in zwei Süd-Regionen Wahlen zur Regionalversammlung abhalten, die eine begrenzte Autonomie vorbereiten könnten. Aber auch wenn die Wahlen für Marcos positiv ausgingen, wird ihr Wert doch durch den Boykott der MNLF (wie 1977) gemindert. Der Erfolg wäre Marcos im übrigen aber auch bei höherer Wahlbeteiligung durch die christliche Mehrheit sicher gewesen. Wie zufällig fiel der Wahltermin mit dem Beginn der UNCTAD-Konferenz in Manila und der Konferenz islamischer Staaten in Rabat zusammen. Dort war im März 1979 bereits *Imelda Marcos* gewesen, möglicherweise, um eine ähnliche Vermittlungsaktion islamischer Staaten wie 1976 zu erreichen.

Ziel weiterer diplomatischer Aktivitäten sind die Nachbarstaaten Malaysia und Indonesien. *Malaysia*, auf dessen Provinz Sabah die Philippinen Anspruch erheben, hat zu erkennen gegeben, daß es die MNLF stärker als bisher unterstützen könnte. Indonesien, das jetzt von der islamischen Konferenz mit der Vermittlung im Konflikt beauftragt wurde, ist Marcos als Gesprächspartner genehmer. Doch hat die islamische Konferenz gleichzeitig die MNLF, die nur auf der Basis des Vertrags von Tripolis Ende 1976 zu verhandeln bereit ist, durch weitere finanzielle Hilfen in ihrer militanten Haltung bestärkt, so daß eine Lösung der Moslemfrage kaum in Sicht ist.

Das Problem ist nicht zuletzt auch deshalb so kompliziert, weil die Moros trotz gemeinsamer Abstammung eigene, von den Christen unterschiedene soziale und ethnische Gruppen bilden, die sich aber mit diesen räumlich überschneiden. Die Integration in die philippinische Gesellschaft könnte die soziale und kulturelle Identität der Moros zerstören. Die *Autonomie* könnte ihnen aber wiederum Privilegien verschaffen, die von anderen beargwöhnt werden und sie in eine ebensowenig gewollte Isolation treiben. Diese Gefahr zeigte auch die Diskussion um ein muslimisches Privatrecht Anfang 1977 auf, das zwar kodifiziert, aber noch nicht in Kraft gesetzt wurde. Viele

Beobachter sahen hier Ansätze zu einer Bevorrechtung der Moslems. Und schließlich wird auch für die Christen das Problem dadurch kompliziert, daß sie für die Lage der Moros mitverantwortlich sind. Sie müßten zumindest ihre Vormacht auf manchen Gebieten einschränken, falls sie nicht deren Gleichberechtigung in manchen Regionen akzeptieren.

Peter Drews

Kurzbibliographie: G. H. Anderson (Hrsg.), *Studies in Philippine Church History*, Ithaca 1969; D. Diel, *The Confrontation of the*

Roman Catholic Church with the Economic and Social Development in the Philippines, Hamburg (Diss.) 1974; P. G. Gowing/R. McAmis, *The Muslim Filipinos*, Manila 1974; P. G. Gowing, *Muslim and Christian Perceptions of the Mindanao Problem*, in: *Philippine Quarterly of Culture and Society* 5/1977, S. 243–252; Statistisches Bundesamt, *Länderbericht Philippinen*, Wiesbaden 1976; dass., *Länderkurzbericht Philippinen*, Wiesbaden 1978; R. L. Youngblood, *Church Opposition to Martial Law in the Philippines*, in: *Asian Survey* Bd. XVIII/5, 1978, S. 505–520.

Kurzinformationen

Papst Johannes Paul II. hat beschlossen, eine Sondersynode der niederländischen Bischöfe einzuberufen. Das wurde dem Vorsitzenden der Niederländischen Bischofskonferenz, Kardinal Jan Willebrands in einem Brief von Pro-Staatssekretär Agostino Casaroli vom 25. Mai mitgeteilt. Der Brief enthält nur die Ankündigung der Einberufung der Synode; der genaue Zeitpunkt sowie die Formulierung des Themas werden zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben. Damit hat der Papst aus seinen Gesprächen mit den sieben holländischen Bischöfen im Verlauf dieses Frühjahrs über die Situation in der Kirchenprovinz Konsequenzen gezogen. Der Vorschlag zu einer Synode war von den Bischöfen gemacht worden, die der Papst um Vorschläge über ein weiteres Vorgehen gebeten hatte. Der Papst hat so nicht direkt eingegriffen, wie es vor allem vom Roermonder Bischof Gijsen gefordert worden war (vgl. HK, März 1979, 116f.), sondern hat sich für einen Lösungsversuch auf der Grundlage der bischöflichen Kollegialität entschieden. Es handelt sich um die erste Sondersynode überhaupt, die nach den Bestimmungen Pauls VI. vom 15. September 1965 abgehalten wird. Das *Motu Proprio* „*Apostolica Sollicitudo*“ sieht vor, daß die Synode unterrichtenden und beratenden Charakter hat. Nach Gutheißung durch den Papst können die Beschlüsse der Synode verbindlichen Charakter erhalten. Der Papst wird bei dieser Synode den Vorsitz führen. Außerdem wird er zwei weitere Vorsitzende berufen. Man erwartet, daß einer der beiden Kardinal Willebrands und der andere ein weiterer niederländisch sprechender Kardinal sein wird. Teilnehmer der Synode werden neben den sieben niederländischen Bischöfen zwei Vertreter des niederländischen Klerus sowie der Präfekt der für das jeweilige Sachthema zuständigen römischen Behörde sein. Außerdem wird der kürzlich zum Kardinal ernannte Pole Władysław Rubin als Generalsekretär der Bischofsynode sowie ein weiterer Fachmann auf dem Gebiet der behandelten Fragen als Sondersekretär teilnehmen. Es ist zu erwarten, daß sich die Vorbereitungen für die Sondersynode in den Niederlanden abspielen werden und daß die Synode wahrscheinlich zu Beginn des nächsten Jahres in Rom stattfinden wird. Inzwischen hat sich die Niederländische Bischofskonferenz auf ihrer monatlichen Sitzung am 5. Juni in Roermond mit der bevorstehenden Sondersynode beschäftigt. Konkrete Vorstellungen zum Thema und zum Arbeitsdokument kann die Bischofskonferenz entwickeln, wenn die offizielle Einberufung der Sondersynode durch den Papst erfolgt ist.

Am 25. Mai wurde die Apostolische Konstitution „*Sapientia Christiana*“ Papst Johannes Pauls II. über die kirchlichen

Universitäten und Fakultäten veröffentlicht. Sie trägt das Datum vom 15. April. Damit ist ein weiterer Teil der nachkonziliären Revision der kirchlichen Gesetzgebung abgeschlossen. Die Apostolische Konstitution, die unter Paul VI. vorbereitet worden war, löst die von Pius XI. 1931 erlassene Konstitution „*Deus scientiarum dominus*“ ab. In seiner Einleitung hebt Johannes Paul II. das Recht der Kirche hervor, kirchliche Fakultäten zu errichten, und geht auf die veränderte Situation der Gegenwart ein, die eine Revision der geltenden Normen erforderlich mache: zunehmende Zahl von Laientheologen, stärkere Mitbestimmung aller Gruppen der Universität, neue pädagogische und didaktische Methoden. Die Bestimmungen der Konstitution sollen angesichts der „berechtigten Vielfalt unter den Hochschulen... die Einheit der katholischen Kirche auch in diesen Zentren des Hochschulstudiums“ sichtbar machen. Die Konstitution, zu der gleichzeitig *Ausführungsbestimmungen* der Kongregation für das katholische Bildungswesen erlassen wurden, umfaßt 94 Artikel. Die allgemeinen Normen regeln Natur und Aufgaben kirchlicher Hochschulen, die Struktur der Universitätsgemeinschaft, enthalten Bestimmungen über den Lehrkörper, die Studenten, akademische Grade und Lehrmittel. Artikel 1 hält grundsätzlich fest: „Zur Erfüllung der ihr von Christus übertragenen Sendung, das Evangelium zu verkünden, hat die Kirche das *Recht und die Pflicht zur Errichtung und Förderung von Universitäten und Fakultäten*, die von ihr abhängen.“ Für die Aufnahme des Studiums ist für Kleriker und Laien nicht nur ein Zeugnis über abgeschlossene Vorstudien, sondern auch über „sittliche Lebensführung“ vorzulegen (Art. 31). In Art. 39 wird festgehalten, daß wahre Freiheit von *Lehre und Forschung innerhalb der Grenzen des Wortes Gottes* liegt, bzw. auf die „überzeugte Annahme des Wortes Gottes gründet“. Die besonderen Normen enthalten Bestimmungen über die theologische, philosophische und kirchenrechtliche Fakultät. Bei der Lehre der Theologie soll auf die zentrale Stellung der Heiligen Schrift, die Verbindung mit anderen Wissenschaften, der jeweiligen Kultur und der verschiedenen Philosophien geachtet werden. „Systeme und Methoden jedoch, die mit dem christlichen Glauben unvereinbar sind, dürfen nicht übernommen werden“ (Art. 68). Behandelt werden sollen im theologischen Studium auch die ökumenischen Fragen sowie die Beziehungen zu den nichtchristlichen Religionen. Art. 70 hält fest, daß „beim Studium und bei der Vermittlung der katholischen Lehre der Treue zum Lehramt stets eine besondere Bedeutung“ beigemessen werden muß. Die einzelnen Universitäten oder Fakultäten müssen ihre Statuten nach der Konstitution, die im akademischen Jahr 1980/81 oder 1981 in Kraft tritt, überarbeiten. Die Konstitution soll von der Kongregation für das ka-